

# Köln zeigt Haltung

## Pressemitteilung



**Klare Haltung gegen rechte Hetze**

## Parteien und Spitzenkandidaten nehmen Stellung zu den Wahlprüfsteinen von Köln zeigt Haltung

**Unterschiedliche Positionen zu Integration und zum Bleiberecht für Geflüchtete in Köln**

Erstmalig hat das 2018 gegründete Bündnis Köln zeigt Haltung den demokratischen Parteien und ihren Spitzenkandidat\*innen für die Kommunalwahl 2020 Wahlprüfsteine zur Fluchtpolitik vorgelegt.

Zu zehn Themen wollte der Zusammenschluss von Flüchtlingsrat, Willkommensinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchenvertreter\*innen, der Gewerkschaft ver.di, dem Kölner Runden für Integration, Flüchtlingshelfer- und Migrantenorganisationen wissen, wie sich die Kandidierenden positionieren und welche konkrete Maßnahmen sie nach der Wahl ergreifen wollen.

Die Antworten sind für die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit, den Mitglieder\*innen von Köln zeigt Haltung und vor allem für die vielen aktiven Menschen, die sich mit und für die Geflüchteten und auch für die Geflüchtete selbst bestimmt.

*„Die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter war im letzten Kommunalwahlkampf ein überragendes und auch strittiges Thema. Jetzt stehen andere Themen wie der Wohnungsbau und die Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Aber auch dabei müssen die Interessen der Geflüchteten berücksichtigt werden. Die Herausforderung mehr Geflüchtete in Köln aufzunehmen, sie gut zu integrieren und vor allem ihnen ein dauerhaftes Bleiben zu ermöglichen, bleibt eine wesentliche Aufgabe der Stadt und der Stadtgesellschaft.“ betont Marianne Arndt für die Willkommensinitiativen.*

*„FDP, Bündnis 90/ Die Grünen, die Partei Die Linke und die SPD haben Stellung bezogen, letztere auch für Ihre jeweiligen Spitzenkandidaten Jörg Detjen und Andreas Kossiski. Frau Reker hat sich nicht geäußert, aber auf der Anhörung des Kölner Runden Tisches für Integration am 25. August 2020 deutlich betont, dass auch sie am Ziel der verstärkten Aufnahme Geflüchteter aus Griechenland sowie einer humanen Flüchtlingspolitik in Köln festhält. Für eine solche Politik wird es über den Wahltag hinaus eine klare Mehrheit geben. Dass dies so bleibt, darauf werden wir achten“ so Claus Ulrich Prölß vom Kölner Flüchtlingsrat*

Eine klare Haltung gegen Rechts – so der erste Prüfstein – zeigen alle Parteien. „Rechten Gruppierungen muss durch Aufklärung und Widerstand der Boden entzogen werden“ fordern die Grünen. „Mit Zivilcourage und einer klaren Positionierung gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus“ will die Linke das bunte und liebenswerte Köln verteidigen. „Mit klarer Kante gegen rechte Rhetorik“ werden sich die SPD und ihr Spitzenkandidat „auf den Straßen und Plätzen den Rechten in den Weg stellen.“ Auch die FDP setzt sich für ein

weltoffenes und tolerantes Köln ein und fordert ein Einwanderungsgesetz, das zwischen dem jeweiligen Schutz für Flüchtlinge und dauerhafter Einwanderung unterscheidet.

Die Migration als Normalität (Prüfstein zwei) wollen alle Parteien. „Geflüchtete Menschen sollen so schnell wie möglich in unsere Stadtgesellschaft integriert werden, eine Wohnung und eine Arbeit finden“ so die Grünen, während die Linke das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer fordert. „Eine schnelle Klärung des Status von Asylsuchenden und dann keine Unterschiede in den Teilhabemöglichkeiten wie alle anderen Kölner\*innen auch“ verlangt die SPD. Die FDP begrüßt, dass sich die Stadt an den zahlreichen Projekten des Landes NRW für die Teilhabe Geflüchteter beteiligt, die vor allem „die Erlangung eines schulischen und beruflichen Abschlusses für Volljährige unterstützen.“

Mehr Flüchtlinge von den griechischen Inseln oder aus Libyen auch über die Aufnahmequote hinaus: dieses Ziel unterstützen alle Parteien, wobei die FDP zurückhaltender auf die Kompetenz des Bundes für die Aufnahme verweist. Die Linke hingegen fordert, ein eigenständiges Aufnahmerecht der Kommunen für die Aufnahme Geflüchteter im Aufenthaltsgesetz zu verankern. (Prüfstein 3)

Große Übereinstimmung gibt es für die vom Rat 2018 beschlossene Bleibereichtsperspektive, SPD und Grüne wollen nicht nur eine Verstetigung sondern auch eine Ausweitung, „um möglichst viele der Langzeitgeduldeten Menschen in eine legale Bleibereichtsperspektive in Köln zu überführen.“ Auch die Linke forderte eine personelle Aufstockung der Bleibereichtsperspektive, während die FDP auf den Bleibereichtserlass des Landes verweist und das Projekt der Stadt im bisherigen Umfang fortführen will. (Prüfstein 4)

Alle Parteien verteidigen das Kirchenasyl. Die SPD kritisiert, dass das Kirchenasyl in NRW gewaltsam beendet wurde, wohingegen die FDP auf die Verhältnismäßigkeit des Asyls verweist und eine frühzeitige Konsultation von Kirchengemeinde und Ausländerbehörde anmahnt. (Prüfstein 5)

Einig sind sich die Parteien darin, Geflüchtete möglichst schnell dezentral und in eigenen Wohnungen unterzubringen und dafür das Auszugsmanagement zu verstetigen. Für die Geflüchteten in der Obhut der Stadt Köln fordert die Linke die Räumung von Unterkünften, die nur über Gemeinschaftsräumen für Küchen oder sanitäre Anlagen verfügen und einen Mindeststandard von 60 Unterzubringenden, die FDP von 80 Unterzubringenden, während sich die SPD für die in NRW von den Flüchtlingsräten geschaffenen Mindeststandards einsetzt. (Prüfstein 6)

Mehr Bildungsgerechtigkeit für geflüchtete Kinder wollen alle Parteien. Die Grünen setzen dabei ebenso wie die Linke auf den Ausbau der Kitas und den Ausbau der Gesamtschulen. Die Linke fordert den bedarfsgerechten Ausbau der Hausaufgabengruppen in Jugendzentren und bei freien Trägern. Die FDP verweist ebenso wie die SPD auf die notwendige Ausstattung aller Schüler\*innen mit digitalen Endgeräten, die SPD auf den Internetanschluss und bedarfsgerechte Angebote der Sprachförderung und einen möglichst schnellen Übergang in den Unterricht in Regelklassen. (Prüfstein 7)

Die schnelle Integration in Ausbildung und Arbeit ist für alle Parteien der beste Weg zur Integration. Die Linke sieht in der Ausbildungsduldung ein geeignetes Instrument und fordert die Beschleunigung der Verfahren. Auch die FDP unterstreicht die Vorteile der Ausbildungsduldung, die für die gesamte Dauer der Ausbildung ausgesprochen wird. Die SPD verlangt eine enge Kooperation der Ausländerbehörden mit dem Jobcenter und die Nutzung der Ermessensspielräume zu Gunsten Geflüchteter. Sie will Strukturen für die Integration in Ausbildung und Arbeit für Asylsuchende und Geduldete, die Linke fordert ein Recht auf Arbeit und die Grünen setzen sich im Beirat des Jobcenters konsequent für die

Integration in Arbeit und auch für Programme und Maßnahmen für Menschen aus Süd- Ost Europa ein. (Prüfstein 8)

Einigkeit besteht auch darin, dass die Gesundheitskarte für den schnellen und unbürokratischen Zugang der Geflüchteten zu Gesundheitsdienstleistungen wichtig und hilfreich ist. Jedoch kritisiert die SPD, dass Asylsuchende und Geduldete weniger Leistungen in Anspruch nehmen können. Sie verlangt von den Spitzenverbänden der Kommunen, darauf zu pochen, das in Teilen verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen ( Prüfstein 9)

Der zehnte Prüfstein fordert, Rassismus zu bekämpfen und Abschiebungen abzuschaffen.

Klare Ablehnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekunden alle Parteien. Bündnisse gegen Rechts wollen Grüne und Linke stärken, wohingegen die FDP eine konstante Kampagne für Toleranz und gegen Ausgrenzung als Teil des „Erscheinungsbildes der Stadt“ vorschlägt und die SPD mehr Fördermittel in den Arbeitsbereichen Antirassismus, Antisemitismus und Ableismus fordert.

Deutliche Unterschiede werden in der Haltung zur Abschaffung der Abschiebung deutlich. Einzig die Linke spricht sich dafür aus. Die FDP steht zu „Abschiebungen wenn diese rechtlich geboten sind“ Bei Grünen und SPD gibt es dazu keine Antwort.

*Köln zeigt Haltung ist ein breites und buntes Bündnis aus der Kölner Stadtgesellschaft, das sich konsequent für die Menschenrechte Geflüchteter einsetzt. <https://koelnzeighthaltung.org/>*

(stellv. M. Arndt, ma.arndt@mailbox.org)